

Berliner Morgenpost, 04.06.2007

Sparkurs: Gebäude verkommen

Von Karsten Hintzmann

Der rigorose Sparkurs von Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD), der in den letzten Jahren angesichts von 60 Milliarden Euro Landesverschuldung ohne Alternative war, hat eine Schattenseite, die immer offenkundiger wird: Viele Gebäude des Landes Berlin verkommen und verkommen. Um den Verfall der städtischen Bausubstanz aufzuhalten, müssten sofort 1,6 Milliarden Euro in Sanierungsmaßnahmen investiert werden. Das geht aus einem vertraulichen Papier der Senatsfinanzverwaltung hervor, das dieser Zeitung vorliegt.

Hauptausschuss fordert Klarheit

Der für die Finanzen zuständige Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses hatte den Finanzsenator Ende April aufgefordert, „den bisher nicht quantifizierten Sanierungsstau bei den Senatsverwaltungen und den Bezirksverwaltungen zu konkretisieren“. Dieser Aufforderung kam Sarrazins Behörde mit ihrem vertraulichen Schreiben an den Hauptausschuss nunmehr nach.

Aus dem vier Seiten umfassenden Papier geht hervor, dass allein für die Instandsetzung der 1100 Gebäude, die sich in der Zuständigkeit der Stadtentwicklungsverwal-

Für die Sanierung landeseigener Immobilien sind 1,6 Milliarden Euro als Soforthilfe erforderlich

tung befinden, kurzfristig 400 Millionen Euro erforderlich wären. Weitere 430 Millionen Euro müssten in die Sanierung von Häusern gepumpt werden, die der landeseigenen „Berliner Immobilien-Management-Gesellschaft“ unterstehen. Dazu zählen Gerichtsgebäude, Finanzämter und Gebäude von Senatsverwaltungen. Der Löwenanteil des Instandsetzungsbedarfs entfällt jedoch auf die zwölf Berliner Bezirke. Um das vorhandene Tafelsilber dort – unter anderem Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäude – nicht weiter verrotten zu lassen, müssten 770 Millionen Euro aufgewendet werden.

Sarrazin sind die Hände gebunden

Insgesamt eine Riesensumme, die der Finanzsenator unmöglich aufbringen kann, weder kurz- noch mittelfristig. Im Gegenteil, der Sanierungsstau bei den öffentlichen Gebäuden in der Bundeshauptstadt wird jedes Jahr mindestens um weitere 63 Millionen Euro angewachsen. Zitat aus dem Papier der Finanzverwaltung: „Dem jährlichen Instandhaltungsbedarf von rund 328 Millionen Euro stehen in der Finanzplanung 2006 bis 2010 veranschlagte Mittel in Höhe von durchschnittlich 265 Millionen Euro pro Jahr gegenüber.“ Aufgrund

der unverändert angespannten Kassenlage kann sich Sparkommissar Sarrazin keine höheren Ausgaben für bauliche Instandsetzungen leisten. Das wird in dem folgenden vagen Satz aus dem Schreiben an den Hauptausschuss deutlich: „Der Senat wird im Rahmen der Aufstellung der Entwürfe des Doppelhaushaltsplans 2008/2009 und der Finanzplanung prüfen, inwieweit die genannten Beträge ausreichend sind und gegebenenfalls entsprechende Folgerungen ziehen.“ An die besonders stark unter dem Investitionsstau leidenden Bezirke wird lediglich ein Trostpflaster verteilt. Sie dürfen ab sofort jedes Jahr 10 Millionen Euro mehr als bisher für die Hochbauunterhaltung ausgeben.

Der CDU-Haushaltsexperte Florian Graf kritisiert den Umgang des Senats mit den Bezirken. Auf Nachfrage sagte er: „Die vorliegenden Zahlen sind Beleg dafür, dass die Bezirke nicht auskömmlich finanziert werden. Der überall im Stadtbild erkennbare Sanierungsstau ist erschreckend.“ Das Instandsetzungsproblem könne nur dann gemeistert werden, so Graf, wenn der Senat endlich überflüssige Gebäude verkaufe und Kooperationsmodelle mit privaten Investoren zulasse.